

Die Stadtverordnetenversammlung - Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration -

Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 25.01.2005

Vorlage Nr. 05-F-03-0010

Vereinbarungen mit religiösen Gemeinschaften

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie der Stand der Umsetzung des Beschlusses Nr. 04-F-24-0010 "Vereinbarung mit religiösen Gemeinschaften" der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2004 ist.
- wie der Stand der Bauvoranfrage in der Fischbacherstraße 3 ist.
- welche Kommunikation zwischen Tauhid-Gemeinde, den Anwohner des Umfeldes der Moschee in der Fischbachstrasse und dem Magistrat derzeit stattfindet.

Beschluss Nr. 0007

Der mündliche Bericht von Herrn Stadtrat Grella wird zur Kenntnis genommen, wonach

- 1. nach seinem Kenntnisstand der Magistrat die Bauvoranfrage zunächst zurückgestellt hat, aber zu einem späteren Zeitpunkt dazu beschließen wird,
- 2. ein striktes Koppelungsverbot zwischen Bauvoranfrage und Vereinbarung bestehen muss,
- 3. z.Zt. zur externen Begleitung bei der Vorbereitung einer Vereinbarung mit religiösen Gemeinschaften Kontakt mit dem entsprechenden Fachbereich einer Universität aufgenommen wird.
- 4. eine kompetente Unterstützung durch einen Externen auf Dauer gesichert sein muss,
- 5. die Vereinbarung sicher nicht in kürzester Zeit erstellt werden wird, sondern reiflicher Überlegungen bedarf und
- 6. der Ausschuss über den Fortgang der Angelegenheit unterrichtet wird.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung Wiesbaden, .01.2005

Müller Vorsitzender

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0007 vom 25.01.2005

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden,

.01.2005

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat

- 16 -

Wiesbaden,

.01.2005

Dezernat VII

mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl

Oberbürgermeister